



**BLEIBT UNSERE WERTSCHÄTZUNG –
ODER VERFLIEGT SIE WIE
UNSER APPLAUS?**

CARITAS STARTET JAHRESKAMPAGNE 2021

Das machen wir gemeinsam!

Bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung für soziale Berufe: Dem sollte sich die Politik prioritär widmen, wenn es nach den Wünschen der Bevölkerung in Deutschland geht. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen, vom Deutschen Caritasverband in Auftrag gegebenen Umfrage.

Die Aufwertung der sozialen Berufe wurde von den meisten Befragten (48 %) genannt auf die Frage: "Auf welche der folgenden politischen Handlungsfelder sollte sich der Staat baldmöglichst am stärksten konzentrieren?" An zweiter Stelle kommt der Klimaschutz (29 %), an dritter Position die Unterstützung der sozialen Infrastruktur (22 %).

"Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung der sozialen Arbeit in den Fokus gerückt - vor allem die Leistung der Menschen, die Kranke und Hilfsbedürftige pflegen, betreuen, begleiten und unterstützen", so Caritas-Präsident Peter Neher. Vielen ist jetzt wichtig, dass diese Tätigkeiten besser wertgeschätzt werden.

Das greift die Caritas in der Kampagne "Miteinander durch die Krise: #DasMachenWirGemeinsam" auf. "Bleibt unsere Wertschätzung - oder verfliegt sie wie unser Applaus?" fragt sie zum Beispiel mit einem Flyer- und Plakatmotiv. "Zeigen wir Solidarität mit allen - oder sparen wir sie uns?" ist ein anderes Motiv.

"Wir müssen uns als Gesellschaft grundlegende Fragen stellen: Welche Pflege wollen wir? Wer soll das machen und unter welchen Bedingungen? Was ist uns soziale Sicherung, was ist uns Bildung wert? Soll die Unterstützung, die Menschen erfahren, von ihrer Postleitzahl abhängen? Und was sind wir bereit, dafür zu tun, um

künftigen Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen?", so Neher. Gerade im Jahr der Bundestagswahl brauchen wir auf diese Fragen tragfähige Antworten. Die Caritas-Kampagne bietet einen Rahmen für die Diskussion über diese Themen und für die Entwicklung eines gegenseitigen Verständnisses, das derzeit oft fehlt. "Anfangen mit den über 690 000 Beschäftigten der Caritas-Einrichtungen und -Dienste, die wir miteinander und mit der Gesellschaft ins Gespräch bringen wollen", so der Caritas-Präsident weiter.

Der Deutsche Caritasverband stellt nicht nur Fragen, er bietet auch Antworten und Lösungsvorschläge - etwa beim Umbau der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, beim Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung und bei Digitalisierungsstrategien im Sozial- und Bildungsbereich, die über die Verteilung von Endgeräten hinausgehen.

Corona schwächt gesellschaftlichen Zusammenhalt

Dass Dialog und Austausch dringend notwendig sind, zeigt ein anderes Ergebnis der Umfrage: 52 % der Teilnehmenden haben den Eindruck, dass die Corona-Pandemie den gesellschaftlichen Zusammenhalt geschwächt hat, lediglich 17 % der Befragten erleben ihn als gestärkt.

41 % der Befragten stimmen aber der Aussage zu: "Ich glaube, dass ich persönlich etwas zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen kann" und 25 % wissen es nicht - lediglich 27 % stimmen nicht zu. "Nur gut ein Viertel der Menschen fühlt sich ausdrücklich ohnmächtig oder machtlos, wo es um die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts geht", stellt Neher fest. "Bei drei Vierteln ist das also nicht der Fall."

Die Caritas will so viele Menschen wie möglich ermutigen und mitnehmen, damit sie sich einbringen. Auch das ist ein Ziel der Zweijahres-Kampagne: #DasMachenWirGemeinsam.  M. LANGENDORF  www.dasmachenwirgemeinsam.de

**AUSGABE
FEBRUAR 2021**

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

 caritas-nrw.de/nachrichten
 facebook.de/caritas_in_NRW
 redaktion@caritas-nrw.de

Inklusion im Lockdown

Stark betroffen, wenig bedacht: Für die allermeisten der 13 Millionen Menschen mit Behinderungen in Deutschland bedeutet Corona eine doppelte Gefahr. Denn sie sind nicht nur gesundheitlich besonders gefährdet, sondern sie kommen auch mit den Folgen zur Bekämpfung der Pandemie schwerer zurecht als andere.

Die Erfahrungen zeigen, dass Schutzmaßnahmen fast vollständig an Menschen mit Behinderungen vorbeilaufen. So warten diejenigen, die nicht in Heimen leben oder in Werkstätten arbeiten, vergeblich auf eine automatische Versorgung - z. B. mit Handschuhen, Desinfektionsmitteln, Masken oder auf eine Impf-Priorisierung. Die Angst vor einer möglichen Ansteckung zwingt die Menschen mit Behinderung fast vollständig in die Isolation. Viele verlieren erlernte Fähigkeiten - die Gefahr von psychischen Belastungen steigt immens.

Alleingelassen fühlen sich auch die Menschen, die sich um die Menschen mit Behinderungen kümmern - in erster Linie natürlich Eltern: Sie sind oft mit den schwierigen Herausforderungen der Versorgung und Pflege zu Hause, aber auch mit Themen wie Homeschooling überfordert. Auch das professionelle Assistenzpersonal wartet vergeblich auf Unterstützung. Es gibt bisher weder kostenlose Corona-Schnelltests noch einen finanziellen Corona-Zuschlag.

#DasMachenWirGemeinsam - Titel der Caritas-Kampagne 2021 - bedeutet, dass Menschen mit Behinderung und das Team, das sich um sie kümmert, besonders geschützt und unterstützt werden sollten. Das fängt übrigens bei barrierearmer Information und einfacher Sprache an. Eine starke Gemeinschaft, die keinen vergisst, heißt aber auch, dass Betroffene schon von Anfang an in das Krisenmanagement involviert werden müssen. Ansonsten wird die erfolgreiche Inklusion zum gefährlichen Bumerang. ◀

MARCO ESCHENBACH

✉ marco.eschenbach@caritasnet.de

DANK AN HILFSORGANISATIONEN

Schnell testen, vulnerable Gruppen schützen, Kontakte ermöglichen

Die Freie Wohlfahrtspflege NRW hat den Hilfsorganisationen für ihre Unterstützung bei den Schnelltests in Pflegeeinrichtungen über Weihnachten gedankt. „Das große Engagement der Hilfsorganisationen ermutigt, ihre Unterstützung bei systematischen Schnelltests auch in weiteren Situationen zu nutzen“, sagt Dr. Frank Johannes Hensel, Vorsitzender der LAG Freie Wohlfahrtspflege NRW.

Regelmäßige und systematisch unterstützte Schnelltestungen vor Ort wären sicher auch für die stationäre Jugendhilfe, für Kindertageseinrichtungen und Schulen sehr hilfreich, so Hensel.

Zwischen dem 23. Dezember und dem 6. Januar hatten die anerkannten Hilfsorganisationen in NRW (Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter, Malteser und Arbeiter-Samariter-Bund) die stationären Pflegeeinrichtungen bei der Durchführung von Schnelltestungen bei Besucherinnen und Besuchern unterstützt. In knapp 800 Pflegeeinrichtungen kamen die Helferinnen und Helfer zum Einsatz, rund 50000 Testungen wurden durchgeführt.

Segensreiche Unterstützung

Im Namen der Einrichtungsträger dankte der LAG-Vorsitzende den Hilfsorganisationen für ihren kurzfristigen Einsatz sowie dem Land Nordrhein-Westfalen für die Initiative und die Finanzierung der Aktion. „Für viele Heime war die Unterstützung segensreich, weil die Pflegekräfte die zusätzlichen Besuchertestungen nicht mehr schaffen konnten“, sagt Hensel. „Die Einsatzbereitschaft der Hilfsorganisationen gerade an



Großes Medieninteresse zum Impfstart: Der LAG-Vorsitzende Frank J. Hensel gab dem ZDF-heute-journal Auskunft. Foto: Harmann



Mehr als 50000 Testungen führten freiwillige Helferinnen und Helfer von DRK, ASB, Johannitern und Maltesern in den Altenheimen durch, um das Ansteckungsrisiko durch Besucherinnen und Besucher zu minimieren.

Foto: Andreas Brockmann (DRK)

Weihnachten und Silvester war ein großes Signal der Solidarität mit alten Menschen und ihren Angehörigen“, lobt Hensel. Auch wenn die Impfkampagne inzwischen deutlich an Fahrt aufgenommen habe, müssten regelmäßige Schnelltests bei Besuchenden und Personal in Einrichtungen den Infektionsschutz gewährleisten. Um die Pflege zu entlasten, sei eine Fortsetzung solcher Unterstützungsangebote wichtig. Regelmäßige Schnelltests schützten vulnerable Gruppen und ermöglichten trotzdem Kontakte.

Die Wohlfahrtspflege regt weiter an, Konzepte vorzulegen, um auch in anderen Berufsfeldern systematisch zu testen. „Wir können es nicht dem Zufall überlassen, wann Infektionen entdeckt werden“, sagt Hensel. Beschäftigte in Schulen und Kitas, aber beispielsweise auch in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe bräuchten dringend einen besseren Infektionsschutz. Schnelltests könnten dabei ein Baustein sein. „Warum sollen nicht Hilfsorganisationen und die Bundeswehr diese Tests systematisch und regelmäßiger ermöglichen?“, fragt Hensel. ▶

Impfen: Niemanden aus dem Blick verlieren

Dass ein Land in Zeiten existenzieller Pandemie-Bedrohung zunächst seine schwächsten Glieder schützt, sagt viel über die Qualität dieses Landes aus. Unser Staat hat sich dafür entschieden, zunächst seine Alten und Hochbetagten in Seniorenhilfe-Einrichtungen zu impfen. In diesen sonst so trüben Wochen gehört es für mich zu den wenigen Lichtblicken, dass diese Impfstrategie in der Gesellschaft so gut wie gar nicht infrage gestellt wurde. Es stimmt mich hoffnungsvoll, dass es mit der inneren Verfasstheit dieses Staates gar nicht so schlecht bestellt sein muss. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Seit nunmehr 72 Jahren ist das unsere „Geschäftsgrundlage“. Es scheint zu funktionieren.

Wenn es ums Impfen geht, darf die

Hochachtung alter Menschen jedoch nicht bei Altenheimbewohnerinnen und -bewohnern stehen bleiben. Corona hat gezeigt, wie schnell viele Menschen auf Hilfe angewiesen sind, wenn sich die gewohnten Weisen des Interagierens und Kommunizierens schlagartig ändern. Und dazu gehören vor allem Senioren. Wer nicht digital unterwegs ist, wer mit Begriffen wie Benutzername und Passwort nichts anfangen kann, wem selbst das gewohnte Telefonieren fremd geworden ist, weil am anderen Ende der Leitung sich häufig nur noch ein Callcenter meldet, der fühlt sich langsam, aber sicher vom Leben abgehängt. Etwa ein Drittel der mehr als vier Millionen Menschen über 60 Jahre in NRW ist allein lebend, hat also niemanden im Haushalt,

der sie unterstützt. Auch nicht bei so existenziellen Dingen wie bei den anstehenden Impfungen. Wie geht das mit der Terminvergabe? Wie komme ich überhaupt zum Impfzentrum? Und überhaupt: Soll ich mich eigentlich impfen lassen?

Zu hoffen ist, dass die Gesundheitsbehörden sensibel und zielgruppengerecht agieren werden. Im Erzbistum Paderborn haben Caritas- und Fachverbände hier bereits Hilfe angeboten. Ehrenamtliche werden gebeten, allein lebende Senioren zu unterstützen, manche Verbände und Gruppen haben schon signalisiert, dass sie Fahrdienste organisieren werden.

Niemanden aus dem Blick verlieren und zurücklassen - das ist das Gebot der Stunde. Auch dies macht die Lebensqualität eines Landes aus. ◀

JÜRGEN SAUER

✉ j.sauer@caritas-paderborn.de

AUFKLÄRUNG UND INFORMATION

Steigende Impfbereitschaft

Der Diözesan-Caritasverband Münster meldete schon nach der ersten Januarwoche einen erfolgreichen Impfstart in den 205 zur Caritas zählenden Altenheimen im Bistum Münster. Bis Ende Januar sollten alle rund 30 000 Bewohnenden und Mitarbeitenden eine Impfung erhalten können, so die Erwartung von Anne Eckert, Referatsleiterin Altenhilfe und Sozialstationen im Diözesan-Caritasverband.

Dort ließen sich in der Regel über 90 bis 100 Prozent der alten Menschen impfen. Gut informiert, werde auch bei den Mitarbeitenden in der Pflege eine hohe Quote erreicht. Das war zu Beginn der Impfkampagne in den Caritas-Altenheimen nicht überall so. "Manche Pflegekräfte haben Angst vor einer allergischen Reaktion, manch einer ist skeptisch, dass er als Erstes an der Reihe ist. Einige wollen die Impfungen wenigstens ein paar Wochen beobachten und sich dann in einer zweiten Runde impfen lassen", berichtete der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Frank J. Hensel. Zunächst wurden teilweise nur Impfquoten von 50 oder 60 Prozent unter der Belegschaft erreicht. Dabei ließ sich ein generelles Muster nicht erkennen. Es gab sogar Altenheime, in denen bei der Belegschaft auf

der einen Station eine Impfbereitschaft von 100 Prozent und auf der Nachbarstation im selben Haus nur zu 50 Prozent berichtet wurde.

Solidarisch sein – impfen lassen!

"Wir stellen fest, dass Aufklärungsgespräche in den Heimen helfen", sagte Hensel. Er sei zuversichtlich, dass sich so eine Impfbereitschaft von 80 bis 90 Prozent unter den Pflegekräften erreichen lasse. Heftig kritisierte er den Vorschlag des bayrischen Ministerpräsidenten Söder einer Impfpflicht für Pflegekräfte: "Jetzt eine Impfpflicht anzuregen, halte ich für völlig falsch. Das würde eher zu Widerständen führen, als die Impfbereitschaft zu fördern", sagte Hensel.

In einer nicht repräsentativen Blitzumfrage (12. bis 19. Januar) hat der Caritasver-

band für das Bistum Essen die Impfbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in seinem Netzwerk exemplarisch abgefragt. Die Umfrage richtete sich an die Leitungen der Einrichtungen der stationären Altenhilfe (Altenheime), der ambulanten Pflegedienste, der Einrichtungen der Eingliederungshilfe (für Menschen mit Behinderungen), der stationären Kinder- und Jugendhilfe (Kinderheime) und der Hospize und Hospizgruppen im Bistum Essen. Gefragt wurde auch nach den Gründen für Impfbereitschaft oder Ablehnung der Mitarbeiterschaften. Die Ergebnisse bestätigten den Trend: Die Erfahrungen der vergangenen Wochen zeigten, dass die Bereitschaft zur Impfung in dem Maße wächst, wie kompetent und verständlich aufgeklärt wird, bestätigte auch der Essener Diözesan-Caritasdirektor Matthias Schmitt: "Wer sich zum gegebenen Zeitpunkt impfen lässt, anstatt erst abzuwarten, ob bei 'den anderen' Nebenwirkungen auftreten, zeigt damit seine Solidarität gegenüber besonders vulnerablen Menschengruppen. Das ist notwendig und wünschenswert - dennoch muss die Impfung freiwillig bleiben", betonte Schmitt. ◀

M.L.

➔ www.caritas-essen.de/aktuelles/presse

Die Ausbeutung muss aufhören

Im letzten Sommer ist die Situation in der fleischverarbeitenden Industrie in die Schlagzeilen geraten. Anlass war damals ein Corona-Ausbruch bei der Firma Tönnies in Rheda-Wiedenbrück. Volker Brüggjenjürgen vom Caritasverband Gütersloh kennt die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten gut.

➤ Wie sind die Verhältnisse jetzt?

Volker Brüggjenjürgen: Verändert hat sich die arbeitsrechtliche Konstruktion in der Fleischindustrie. Rein formal sind Subunternehmer-Konstruktionen verboten, deswegen haben die Beschäftigten in der Fleischindustrie jetzt ganz normale Arbeitsverträge. Wir als Caritasverband Gütersloh kämpfen seit Jahren dafür, dass diese unternehmerische Verantwortungslosigkeit über die Subunternehmen aufhören muss. Seit über zwei Jahrzehnten gibt es eine sehr schlimme Ausbeutung von Arbeitnehmern aus Südosteuropa gerade in der Fleischindustrie. Wir als Caritasverband hoffen natürlich, dass die Durchsetzung von Rechtsansprüchen im Arbeitskontext jetzt für die Beschäftigten einfacher wird.

➤ Wie sind die Arbeits-, Lebens- und Wohnverhältnisse dieser Menschen, die aus Ost- und Südosteuropa kommen und Arbeit suchen?

Brüggjenjürgen: Sie müssen sich das so vorstellen: Die Menschen werden in Bulgarien und Rumänien meist professionell angeworben, und ihnen wird versprochen, dass sie hier im Westen in der Fleischindustrie - bei uns im Kreis Gütersloh ist das insbesondere Tönnies - erheblich mehr Geld verdienen können als zu Hause. Dieses Versprechen lockt häufig sehr bildungsferne, sehr arme Menschen zu uns in die Region. Bis vor Kurzem erhielten die Menschen einen sogenannten Werkvertrag in die Hand gedrückt, mit dem sie bei einem Subunternehmer angestellt waren, dazu kriegten sie eine Matratze oder ein Bett angeboten. Diese Gemeinschaftsunterkünfte sahen dann meist so aus, dass drei, vier, fünf Beschäftigte in einem kleinen Zimmer gemeinsam wohnten. Für diese Schlafgelegenheit wurden ihnen dann mal zwischen 150 und 300 Euro vom Lohn abgezogen. Man hat die Leute in völlig desolaten Wohnungen zusammengepfercht, tagsüber haben sie dann in den Betrieben meist zwischen zehn und 12 Stunden lang gearbeitet.

➤ Die Bundesregierung hat jetzt die rechtliche Situation geändert. Was bringt das neue Gesetz?

Brüggjenjürgen: Wir hoffen natürlich, dass extreme Missbräuche im Arbeitskontext dadurch beendet werden können. Ein großes Problem war, dass man keine elektronische Zeiterfassung hatte und man den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern immer wieder erhebliche Stundenanteile gekürzt oder einfach nicht bezahlt hat. Die Menschen waren manchmal zehn, zwölf oder noch mehr Stunden auf dem Betriebsgelände, wurden aber nur für sieben oder acht Stunden davon bezahlt. Solche Verstöße gegen eine gerechte Entlohnung gehören durch das neue Gesetz der Vergangenheit an, so hoffe ich. Denn nun ist geregelt, dass die Betriebe eine elektronische Arbeitszeiterfassung einführen müssen. Diese Art von Lohnbetrug wird durch das Gesetz beendet.

➤ Die Einhaltung der Gesetze muss kontrolliert werden. Was muss weiter passieren, damit sich die Verhältnisse nachhaltig ändern?

Brüggjenjürgen: Wir hören häufig Berichte, dass die Beschäftigten angeschrien werden, schneller zu arbeiten, dass sie unwürdig behandelt werden, dass sie bei der Fleischzerlegung an den Bändern angetrieben und gehetzt werden. Solche brutalen Arbeitsbedingungen verändern sich ja nicht von heute auf morgen, wenn weiter die gleichen Vorarbeiter wie vorher da sind. Die wurden natürlich auch übernommen. Dieser immense Druck bei Schlachtung und Zerlegung bleibt trotz neuem Gesetz erst einmal. Aber dadurch dass die Beschäftigten jetzt normale Arbeitsverträge haben, werden sie in Zukunft ihre Rechte auch durchsetzen können. Das war bisher nicht der Fall, weil sie aufgrund der Koppelung von Bett und Werkvertrag völlig abhängig von den Subunternehmen waren

➤ Was tun Sie als Caritas, um den Menschen zu helfen?



Den Finger in die Wunde legen - das wird Volker Brüggjenjürgen weiter tun. Der 57-jährige ist seit 2011 Vorstand beim Caritasverband Gütersloh. Foto: privat

Brüggjenjürgen: Wir als Caritasverband Gütersloh haben seit 2016 Beratungsangebote für die Menschen hier in der Region eingeführt, die völlig unabhängig von kommunalen und Unternehmensmitteln allein durch kirchliche Mittel finanziert worden sind. Wir haben mittlerweile mehr als 12000 Beratungsgespräche geführt, mehr als 1000 Familien in unseren Beratungsdiensten erreichen können. Eben deswegen haben wir ein sehr gutes Gesamtbild, wie es diesen Armutsmigranten geht. Das ist ein Teil unserer Hilfe. Natürlich haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder den Finger in die Wunde gelegt und - auch öffentlich sehr wirksam - angeprangert, dass diese extreme Form der Ausbeutung von Menschen aufhören muss. Ich glaube, dass wir als Kirche - und da muss man auch noch Peter Kossen nennen - unseren Beitrag geleistet haben, um diese skandalösen Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie zu beenden.

➤ Haben Sie Rückhalt in der Politik und genug Bündnispartner, um dieses Anliegen weiterzuverfolgen?

Brüggjenjürgen: Wir sind ja in Gütersloh als Orts Caritasverband aktiv und haben das Glück, dass hier sehr prominente Bundestagsabgeordnete ihren Wahlkreis haben. Ralph Brinkhaus (CDU), Britta Haßelmann (Grüne), Elvan Korkmaz-Emre (SPD) haben sich vor Ort bei uns sehr genau informiert. Wir sind uns ziemlich sicher, dass sie unsere Erkenntnisse über soziale Missstände auch in ihre Fraktionen getragen haben und sich auch in der Bundespolitik dafür eingesetzt haben, diese Missstände endlich zu beenden. ◀

DAS INTERVIEW FÜHRTE MARKUS LAHRMANN.

Grundsicherung anheben

Trotz der Anhebung der Regelsätze der Grundsicherung zum 1. Januar 2021 fordert die Caritas im Bistum Aachen höhere Leistungen. „Gerade die aktuelle Krise zeigt, dass Menschen, die von Grundsicherungsleistungen leben müssen, besonders hart von der Pandemie betroffen sind“, sagte Stephan Jentgens, seit 1. Januar Aachener Diözesan-Caritasdirektor. So sei zum Beispiel der Haushaltsstrom bei einer alleinstehenden Person lediglich mit 39,45 Euro in der Regelleistung berücksichtigt, obwohl viele Versorger bereits steigende Strompreise angekündigt hätten. „Energiearmut und Energieschulden bei Empfängern von Grundsicherung sind daher vorprogrammiert. Die höheren Energiekosten müssen an anderen Haushaltspositionen mühevoll eingespart werden, und das in Zeiten, in denen digitale Teilhabe mehr denn je notwendig wird“, sagte Jentgens. ⬅

"Geflüchtete aufnehmen!"

Kälte, Hunger, Dreck – die Situation in den Flüchtlingslagern in Bosnien und

Griechenland wird immer dramatischer. Die Caritas im Erzbistum Köln appelliert, die Voraussetzungen für eine Aufnahme Geflüchteter zu schaffen. „Die Menschen hausen oft ohne Dach über dem Kopf unter katastrophalen Bedingungen. Schutzlos vor Schnee, miserablen Hygienebedingungen und Willkür, sind sie in Lebensgefahr. Hier zu helfen, ist ein Gebot der Menschlichkeit“, sagt Dr. Frank Johannes Hensel, Kölner Diözesan-Caritasdirektor. Die Menschen, so Hensel weiter, „müssen gerettet werden – mit der Kraft der EU. Aber ebenso mithilfe von Städten und Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die ihre Unterstützung bereits angeboten haben.“ Kapazitäten der Zivilgesellschaft – etwa bei der Caritas – seien vorhanden, genauso wie die große Bereitschaft zu helfen. ⬅

Testbogen aktualisiert

Für alle Interessierten, die sich nach der Anhebung der Regelsätze zum 1. Januar 2021 einen ersten Überblick über Leistungen und Ansprüche auf Grundsicherung für Arbeitsuchende verschaffen

möchten, hat der Caritasverband für das Bistum Aachen seinen Testbogen mit den aktuellen Regelleistungen überarbeitet. Download unter

➤ www.caritas-ac.de/testbogen

Koffer für Demokratiebildung

Einen Koffer mit Bilderbüchern, Anregungen und Spielmaterial können die Kindertagesstätten im Bistum Aachen bei der Caritas ausleihen, "damit Kinder frühzeitig den Umgang mit Demokratie und Vielfalt spielerisch erfahren können", wie Diözesan-Caritasdirektor Stephan Jentgens sagt.

Mit dem Projekt „Koffer für Demokratiebildung“ möchte der Verband die Themen "Mitbestimmung und Teilhabe von Kindern" in Kindertagesstätten im Bistum verankern. Bislang gibt es zehn Koffer. Sie enthalten Materialien zu den Themen: Kinder- und Menschenrechte, Partizipation, Vielfalt leben und Umgang mit Populismus, außerdem die Handpuppe „Klein-Billy“, die Kindern Demokratie erklärt, sowie bunte Steine für Abstimmungsverfahren. ⬅

BEHINDERTENHILFE

Flexibler als im ersten Lockdown

Die Erfahrungen aus dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 erweisen sich für die Behindertenhilfe aktuell als hilfreich. Diesmal gibt es kein Betretungsverbot der Werkstätten, sondern die Beschäftigten bekommen ein Arbeitsangebot in den Wohneinrichtungen und entscheiden in der Regel selbst, ob sie weiterhin in die Werkstatt gehen.

Das wird jetzt wesentlich flexibler gehandhabt, solange es im vereinbarten Kostenrahmen bleibt", begrüßt Volker Supe von der Caritas Münster die mit Landschaftsverbänden und Land vereinbarten Regelungen.

Deswegen kann jeder Träger der Behindertenhilfe die für sich passende Lösung finden. Während in den Werkstätten von Haus Hall in Gescher derzeit 70 Prozent der Beschäftigten in den Produktionshallen arbeiten, sind es bei den Caritas Wohn- und Werkstätten Niederrhein (CWWN) in Moers rund 30 Prozent. Die CWWN haben mit dem Landschaftsverband Rheinland und dem Landesgesundheitsministerium abge-

stimmt, dass alle Beschäftigten, die in "Besonderen Wohnformen" leben, also nicht eigenständig oder zu Hause bei ihren Eltern, nicht in die Werkstatt kommen.

Unabhängig von dem jeweiligen Modell gibt es immer Arbeitsangebote zuhause. Auch wird per Telefon oder Videokonferenz Kontakt gehalten. Wie im Frühjahr 2020 bringt ein Teil der Mitarbeitenden einfache Aufgaben aus der Produktion mit in die "Besonderen Wohnformen", sie betreuen die Beschäftigten dort und überlegen sich Angebote für die Tagesstruktur. Kontaktreduzierung und regelmäßige Schnelltests der Mitarbeitenden reduzieren das Ansteckungsrisiko. ⬅

HGW

Nicht alle Mittel für Arbeitslose kommen zielgerichtet an

Seit 2015 sind die finanziellen Mittel gestiegen, mit denen Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher bei der Wiederaufnahme einer Berufstätigkeit unterstützt werden. "Das ist nach den enormen Kürzungen vor zehn Jahren eine vernünftige Entwicklung", kommentiert der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Dr. Frank Johannes Hensel, den neuen Arbeitslosenreport.

Es fehle allerdings die Transparenz, wo diese Mittel mit welchen Prioritäten eingesetzt würden. Die Jobcenter sind aufgefordert, sich sehr aktiv für die besonders benachteiligten Personen einzusetzen.

2019 haben die Jobcenter in NRW für die Wiedereingliederung von Menschen im Hartz-IV-Bezug in den Arbeitsmarkt 430 Millionen Euro mehr zur Verfügung gehabt als noch 2015. Allerdings geben die Jobcenter immer noch einen erheblichen Teil der Mittel nicht oder nicht für den eigentlichen Zweck aus: "127 Millionen Euro der vom Bund dafür zur Verfügung gestellten Mittel gaben die Jobcenter nicht für Eingliederungsleistungen aus, das ist höchst ärgerlich", sagt Hensel. Zusätzliche 71 Millionen Euro wurden offiziellen Daten zufolge in die Verwaltungsetats umgeschichtet. "Wir Wohlfahrtsverbände fordern von den Jobcentern mehr Transparenz in der Mittelverwendung", sagt Hensel.

Auch die Aktivierungsquote ist in NRW in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. 2015 lag die Quote der Arbeitslosen im SGB II, die zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt aktiv unterstützt wurden, noch bei 15,6 Prozent, 2019 waren es immerhin schon 22,6 Prozent. "Diese Entwicklung ist erfreulich, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch nicht einmal jeder vierte Mensch, der im Hartz-IV-System arbeitslos ist, mit einer aktiven Hilfe zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützt wird", sagt Hensel. Die Freie Wohlfahrtspflege in NRW werde deshalb in ihrem Engagement gerade für die besonders Benachteiligten und Ausgegrenzten nicht nachlassen.

Große regionale Differenzen

Hensel verweist auf starke regionale Unterschiede: Deutlicher Spitzenreiter mit einer Aktivierungsquote von über 50,5 Prozent

ist Wuppertal, doch auch in den Städten Bielefeld (35,4), Mönchengladbach (28,3) und Mülheim an der Ruhr (28,3) wird überdurchschnittlich viel für die aktive Eingliederung von Menschen im SGB-II-Leistungsbezug getan. Schlusslichter sind dagegen eher ländlich geprägte Regionen wie der Rheinisch-Bergische Kreis (15,2), der Oberbergische Kreis (15,1) und der Kreis Euskirchen (13,0).

Ein weiteres Ergebnis des aktuellen Arbeitslosenreports ist erschreckend: Just die Personengruppen, die im Sinne des Gesetzes als besonders förderungsbedürftig gelten, nämlich Langzeitarbeitslose, ältere Menschen, schwerbehinderte Menschen, Berufsrückkehrende und Geringqualifizierte, werden immer noch unterdurchschnittlich bei der Integration ins Arbeitsleben unterstützt.

Kritik an starren Vorgaben und Ausschreibepaxis

Um diese besonders förderungsbedürftigen Menschen zu erreichen, sind Fachkräfte mit solider Ausbildung, Erfahrung und Professionalität gefragt, aber auch Innovationskraft, humanitäre Wertorientierung und eine gute Vernetzung im Sozialraum. "Hier liegen die Stärken der freien Träger und Wohlfahrtsverbände!", sagt Hensel. Die Wohlfahrtspflege kritisiere zu starre konzeptionelle Vorgaben bei der Entwicklung von Maßnahmen sowie Ausschreibungen nach Vergaberecht, bei denen häufig nicht der Beste, sondern der billigste Anbieter gewinne.

Hensel sagt: "Ich appelliere an die Jobcenter, gerade in der Corona-Krise frühzeitig die Kooperation mit der Freien Wohlfahrtspflege zu suchen - auf der Landesebene, vor allem aber vor Ort. ⤵"

 www.arbeitslosenreport-nrw.de

Wohnungslose in der Pandemie stark gefährdet

Während den einen im Lockdown zu Hause die Decke auf den Kopf fällt, müssen andere die Pandemie ohne eigene Wohnung draußen mit sich allein abmachen. Menschen auf der Straße sind besonders betroffen - darauf hat der Caritasverband im Bistum Essen hingewiesen.

"Obdachlose gehören zur besonders gefährdeten Gruppe, ohne dass sie sich selbst mit den teuren FFP2-Masken schützen könnten", sagt Caritas-Armutreferentin Angelika Wagner. Viele seien nicht krankenversichert, könnten nicht einfach zum Arzt gehen und hätten deshalb ohnehin große gesundheitliche Probleme. Auch ihr Nebenverdienst schrumpfe, wenn weniger Menschen auf den Straßen unterwegs seien. "Deshalb landen weniger Spenden im Becher und weniger Pfandflaschen im Müll", so die Armutsexpertin.

Warme Essensausgaben seien derzeit deutlich schwieriger zu organisieren. "Es dürfen sich nur wenige Menschen gleichzeitig in den geheizten Suppenküchen aufhalten, deshalb wird ersatzweise draußen kaltes Essen ausgegeben", erklärt Wagner. Für Tagesaufenthalte und Notschlafstellen gelte dasselbe. Da bleibe nicht viel Zeit im Warmen und Trockenen, um zu duschen, Wäsche zu waschen, einen Kaffee zu trinken. Die Caritas wolle aber nicht nur eine Notversorgung gegen das Erfrieren anbieten, sondern einen Ausweg aus der Lebenskrise. ⤵ (CDE)

caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstr. 3, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn

Chefredakteur: Markus Lahrman
Titelfoto: Deutscher Caritasverband

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,
Tel.: 0211 / 516066-20, Vertrieb@caritas-nrw.de
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn
Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH, Astrid Rohde
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,
Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104
astrid.rohde@bonifatius.de
ISSN 1611-3527